

## 3.2. Es könnte so einfach sein: Digitalisierung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 22.10.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

1 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen um Menschen näher  
2 zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu  
3 machen und Teilhabe zu stärken. Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum,  
4 die bisher an die Stadt gebunden waren. Gleichzeitig entsteht bei vielen ein Gefühl der Entfremdung, des  
5 Abgehängt-Seins und der ständigen Beobachtung immer weiterer Lebensbereiche durch Firmen und den  
6 Staat. Wir wollen daran mitwirken, die Chancen zu nutzen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues  
7 ausprobiert wird, fördern wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich  
8 selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen.

9  
10 Große Auswirkungen auf die Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine  
11 breite gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor Fakten geschaffen werden. Bei staatlichen Projekten gilt  
12 für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind nicht optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung um  
13 überhaupt zu starten. Großprojekte mit erheblichen Auswirkungen auf das alltägliche Leben, wie z.B.  
14 Smart-City-Projekte müssen von Anfang an die Bürger\*Innen sehr intensiv einbinden, damit tatsächlich die  
15 Gesellschaft als ganzes profitiert. Eine bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole,  
16 Abhängigkeiten und Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten  
17 Leben.

#### 18 **Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?**

19 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe im 21.  
20 Jahrhundert. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Errungenschaft eines leistungsfähigen Internets  
21 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung ist außerdem ein  
22 massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als  
23 partizipatorisches Medium erhalten und ausbauen. Dafür muss eine Teilhabe auch technisch möglich sein.  
24 Daher lehnen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle (unterschiedliche Up- &  
25 Downloadgeschwindigkeiten) ab und setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der Netzneutralität  
26 ein. Aus all diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen Ausbau von  
27 Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte das ganze Land durch den  
28 weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren.

29 Die Landesregierung hat zu lange zu wenig getan, um den Breitbandausbau voranzubringen. Statt eine  
30 klare Strategie vorzugeben, ließ die Brandenburger Landesregierung die überforderten Kommunen  
31 jahrelang im Regen stehen. Wir wollen das Ziel einer durchgehenden Glasfaserversorgung bis ins Haus und  
32 Up- wie Downstream-Geschwindigkeiten von 1.000 Mbit/s in einem klaren Ausbaukonzept festlegen. Jeder  
33 einzelne Schritt und jede einzelne Maßnahme müssen anhand dieses Ziels bewertet werden. Wir wollen  
34 die Kommunen in die Lage versetzen, Netze schnell auszubauen. Dazu gehört ein zentrales Monitoring der  
35 Situation, gezielte Initiativen und Unterstützung mit Informationen. Musterausschreibungen, wie sie

36 beispielsweise in Baden-Württemberg genutzt werden, können sehr effektiv zu einer flächendeckend  
37 hohen Qualität des Ausbaus führen. Wo nötig, wollen wir ergänzende Fördermittel zur Verfügung stellen.

38 Besonders fördern wollen wir Initiativen zum Aufbau eigener kommunaler Infrastruktur. So könnten  
39 insbesondere Landkreise, z.B. über Stadt- bzw. Kreiswerke, Netze aufbauen und durch die Leitungsgebühren  
40 Einnahmen generieren, wie sie dies bei anderen Netzen auch tun. Auch Zusammenschlüsse von  
41 Bürger\*innen wollen wir dabei unterstützen, den Ausbau in die eigene Hand zu nehmen. Dabei ist uns  
42 besonders wichtig, dass sich einzelne Akteure nicht nur die Regionen rauspicken, in denen der Netzausbau  
43 profitabel ist, sondern auch die anderen davon profitieren.

44 Eine Förderung von Vectoring, das existierende Monopole noch verstärkt und nicht langfristig  
45 zukunftsfähig ist, lehnen wir genauso ab, wie das Ausspielen der Breitbandversorgung gegen den  
46 anlaufenden 5G-Ausbau. Rund um die Gebäude der Landesverwaltung möchten wir freies W-LAN anbieten.  
47 Kommunen wollen wir ermutigen, dies bei passend gelegenen Gebäuden ebenfalls zu tun. Dabei wollen  
48 wir Initiativen aus der Zivilgesellschaft, wie z.B. den Freifunk, aufgreifen und einbeziehen.

49 Der Mobilfunkausbau hat mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie Breitbandanschlüsse: Dünn  
50 besiedelte Regionen können wirtschaftlich nicht entsprechend versorgt werden.

51 Die Landesregierung hat zu lange nur auf die Provider verwiesen; der sog. "Mobilfunkgipfel" zwischen der  
52 Landesregierung, den Providern und Vertretern der Wirtschaft hat kaum Ergebnisse geliefert. Hier ist ein  
53 stärkeres Engagement dringend geboten. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung vehement dafür  
54 einsetzen, dass sich bei den anstehenden Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung  
55 der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen  
56 Verkehrswegen orientiert. Zudem muss bei der Bundesnetzagentur die Mobilfunkversorgung als  
57 Universaldienstleistung – also Daseinsvorsorge – eingestuft werden.

#### 58 **Datenschutz ist Grundrechtsschutz!**

59 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche und private Stellen unter immer stärkerem Druck.  
60 Wir sehen Datenschutz als zentralen Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf  
61 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)  
62 dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken.

63 Die Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber Behörden  
64 verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.  
65 Gerade bei Behörden müssen sich die Bürger\*Innen darauf verlassen können, dass mit Ihren Daten  
66 ordentlich umgegangen wird.

67 Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern wollen wir außerdem die Stellung der  
68 Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten  
69 entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten und  
70 festschreiben, dass sie wie in der DSGVO vorgesehen in einem transparenten Prozess besetzt wird.  
71 Außerdem müssen Bildungs- Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten entsprechend  
72 des gesetzlichen Auftrags auch personell möglich sein.

73 Den immer übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch  
74 Sicherheitsbehörden und Unternehmen stellen wir uns entschieden entgegen. Whistleblower, die die  
75 Gesellschaft auf wichtige Missstände hinweisen, wollen wir bestmöglich vor Repressionen schützen.

#### 76 **Verwaltung digitalisieren – downloaden statt abholen**

77 Die Digitalisierung von Behörden-Dienstleistungen kann Zeit, Geld und Stress für Bürger\*Innen und  
78 Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Gerade im Flächenland Brandenburg ist ein einfacher  
79 Online-Zugang zur Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte  
80 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine sinnvolle  
81 Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigen.

82 Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit  
83 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Um niemanden auszuschließen ist für uns dabei aber  
84 auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit auch analog vor Ort angeboten werden  
85 muss.

86 Ein Ansatz um Bürger\*Innen die Interaktion mit der Verwaltung deutlich zu erleichtern ist das  
87 "Once-Only-Prinzip", bei dem die bei den Behörden bereits vorhandene Daten nicht erneut angegeben  
88 werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Prinzip für die Daten innerhalb einzelner Behörden, die  
89 regelmäßigen Kontakt mit Antragssteller\*Innen pflegen zu erproben.

#### 90 **Hohe Standards bei der IT-Sicherheit durchsetzen**

91 Grundvoraussetzung für jede Art von E-Government ist die Umsetzungsfähigkeit durch die Kommunen,  
92 Landkreise und das Land. Bevor ein neuer Dienst an den Start gehen kann, müssen Datenschutz und  
93 IT-Sicherheit sichergestellt sein. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann,  
94 braucht es qualifizierte IT-Mitarbeiter\*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Wir wollen  
95 auf allen Ebenen das IT-Know-How in den Behörden halten und ausbauen. Insbesondere den  
96 IT-Dienstleister ZIT-BB der Brandenburger Landesverwaltung wollen wir stärken und als  
97 Kompetenzzentrum aufbauen. Da Fachleute in diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss  
98 besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und Ausbildung gelegt werden.

99 Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Hard- und Software wollen wir Sozial- und Umweltstandards,  
100 standardisierte Schnittstellen für den Datenaustausch sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards  
101 zwingend festschreiben. Bei IT-Verträgen wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die  
102 mit ausländischen Geheimdiensten u.ä. zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können.  
103 Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Verschlüsselung  
104 absichern. Bei der Kommunikation mit Bürger\*innen und Wirtschaft wollen wir dies anbieten. Wie  
105 vergangene Skandale zeigen, muss außerdem sehr viel größere Sorgfalt bei der Vergabe von  
106 Zugriffsrechten gepflegt werden, um Missbrauch zu verhindern.

107 Die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern führt zu erheblichen Problemen, da nötige  
108 Spezialanforderungen dadurch nicht effektiv durchgesetzt werden können. Sie muss daher dringend  
109 verringert werden, nötigenfalls auch durch Eigenentwicklungen, z.B. in einem Zusammenschluss mehrerer  
110 betroffener Behörden. Langfristig streben wir im Bereich der öffentlichen IT-Infrastruktur einen kompletten  
111 Wechsel auf freie und quelloffene Software an, wie es z.B. schon Schleswig-Holstein beschlossen hat.  
112 Damit auch Städte, Gemeinden und Landkreise an der Entwicklung teilhaben können, wollen wir, dass die  
113 Landesverwaltung bei Planung, Umsetzung und Infrastruktur unterstützt. Das Anbieten von zentralisierten  
114 Diensten kann an vielen Stellen sinnvoll sein, um Überforderung vor Ort zu vermeiden.